

1. Maßgebende Bedingungen

1.1 Die Rechtsbeziehungen zwischen dem Auftraggeber und dem Erbringer von Lieferungen und/oder Leistungen („Auftragnehmer“) richten sich ausschließlich nach diesen AEB. Änderungen und Ergänzungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für einen Verzicht auf das Schriftformerfordernis. § 127 Abs. (2) und (3) des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) findet Anwendung.

1.2 Gegenbestätigungen, Gegenangebote oder sonstige Bezugnahmen des Auftragnehmers, unter Hinweis auf seine Geschäftsbedingungen, widerspricht der Auftraggeber hiermit; abweichende Bedingungen des Auftragnehmers gelten nur, wenn das vom Auftraggeber schriftlich bestätigt worden ist.

2 Bestellung

2.1 Verträge (Bestellung und Annahme) einschließlich Lieferabrufe sowie ihre Änderungen und Ergänzungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, letzteres gilt auch für einen Verzicht auf das Schriftformerfordernis; Klausel 1.1, letzter Satz, der AEB entsprechend. Aus organisatorischen Gründen sind Auftragsbestätigungen jedoch auf den Bestellungen beigefügter Formblätter zu erklären. Gegebenenfalls erforderliche Ergänzungen können auf diesen Formblättern vorgenommen werden. Lieferabrufe können auch durch Datenfernübertragung erfolgen.

2.2 Nimmt der Auftragnehmer die Bestellung nicht innerhalb von zwei (2) Wochen seit Zugang an, so ist der Auftraggeber zum Widerruf berechtigt. Lieferabrufe werden spätestens dann verbindlich, wenn der Auftragnehmer nicht binnen einer (1) Woche seit Zugang widerspricht.

2.3 Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer, soweit für diesen zumutbar und technisch möglich, Änderungen des Leistungs- und/oder Liefergegenstandes, auch in Konstruktion und Ausführung verlangen. Dabei sind die Auswirkungen, insbesondere hinsichtlich der Mehr- und Minderkosten sowie der Leistungs- und/oder Liefertermine, angemessen einvernehmlich zu regeln.

3 Zahlung

3.1 Die Zahlung erfolgt, soweit nicht anders schriftlich vereinbart, innerhalb von 14 Tagen ab Leistungserbringung und Rechnungsstellung mit drei (3) Prozent Skonto oder innerhalb von 60 Tagen, gerechnet ab Leistungserbringung und Rechnungserhalt, netto. Bei Annahme verfrühter Leistungen und/oder Lieferungen richtet sich die Fälligkeit nach dem vereinbarten Leistungs- und/oder Liefertermin.

3.2 Bei fehlerhafter Leistung und/oder Lieferung ist der Auftraggeber berechtigt, die Zahlung wertanteilig bis zur ordnungsmäßigen Erfüllung zurückzuhalten.

3.3 Der Auftragnehmer ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers, die nicht unbillig verweigert werden darf, nicht berechtigt, seine Forderungen gegen ihn abzutreten oder durch Dritte einziehen zu lassen. Bei Vorliegen von verlängertem Eigentumsvorbehalt gilt die Zustimmung als erteilt.

4 Mängelanzeige

4.1 Der Auftragnehmer hält ein wirksames Qualitätsmanagementsystem gemäß dem Regelwerk IATF 16949, bzw. nach DIN EN ISO 9001, VDA 6.1 oder QS 9000 vor. Die Durchführung der Wareenausgangskontrolle, insbesondere die erforderlichen Maß- und Funktionsprüfung für Produkte, erfolgt ausschließlich beim Auftragnehmer.

4.2 Eine Wareneingangskontrolle findet durch den Auftraggeber nur im Hinblick auf äußerlich erkennbare Schäden und von außen erkennbare Abweichungen in Identität und Menge statt. Solche Mängel wird der Auftraggeber unverzüglich rügen. Im Weiteren rügt der Auftraggeber Mängel, sobald sie nach den Gegebenheiten des ordnungsgemäßen Geschäftsablaufs festgestellt werden. Der Auftragnehmer verzichtet insoweit auf den Einwand der verspäteten Mängelrüge.

5 Geheimhaltung

5.1 Die Vertragspartner – jeder für sich - verpflichten sich, alle wechselseitig zugänglich gemachten Informationen, insbesondere nicht offenkundige kaufmännische und technischen Einzelheiten, die ihnen durch die Geschäftsbeziehungen bekannt werden, sowie Informationen rund um Fertigungsmittel gemäß Ziffer 14.1 der AEB, streng vertraulich als Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis zu behandeln. Vertrauliche Informationen gemäß dem vorstehenden Satz dürfen von der empfangenden Vertragspartei nur für die Zwecke der Durchführung des Vertrags genutzt werden; eine Nutzung zu anderen Zwecken ist strikt untersagt. Die Verpflichtungen gemäß dieser Ziffer 5.1 der AEB gelten auch nach Beendigung des Vertrages weiter, bis eine vertrauliche Information ihren Charakter als Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, insbesondere aufgrund Zeitablauf oder durch ein Bekanntwerden gegenüber der Allgemeinheit, verliert.

5.2 Unterauftragnehmer sind entsprechend zu verpflichten.

5.3 Die Vertragspartner dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der anderen Partei mit ihrer Geschäftsverbindung werben.

6 Leistungs- und/oder Liefertermine und -fristen - Lieferverzug

6.1 Vereinbarte Termine und Fristen sind verbindlich. Maßgebend für die Einhaltung des Leistungs- und/oder Liefertermins oder der Leistungs- und/oder Lieferfrist ist die Erbringung der Leistung und/oder der Eingang der Ware beim Auftraggeber. Der Auftragnehmer hat die Leistung und/Lieferung, bei Waren unter Berücksichtigung der üblichen Zeit für Verladung und Versand, rechtzeitig bereitzustellen.

6.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber über jegliche drohende oder eingetretene Nichteinhaltung eines Leistungs- und/oder Liefertermins, deren Ursachen und die voraussichtliche Dauer der Verzögerung unverzüglich in Kenntnis zu setzen. Der Eintritt des Schuldnerverzugs bleibt davon unberührt.

6.3 Im Falle des Schuldnerverzugs des Auftragnehmers ist der Auftraggeber berechtigt, eine Verzugsentschädigung zu fordern (pauschalierter Schadensersatz). Sie beträgt für jeden angefangenen Kalendertag der Verspätung 0,15% des Bruttoauftragswertes, jedoch nicht mehr als insgesamt 10%; eine Haftung des Auftragnehmers besteht aus, wenn und soweit er die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Dem Auftragnehmer steht das Recht zu, dem Auftraggeber nachzuweisen, dass infolge des Verzugs kein oder ein wesentlich niedriger Schaden entstanden ist. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers, gleich aus welchem Rechtsgrund, bleiben vorbehalten.

7 Höhere Gewalt

Höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, Unruhen, behördliche Maßnahmen und sonstige unvorhersehbare, unabwendbare und schwerwiegende Ereignisse, befreien die Vertragspartner für die Dauer der Störung und im Umfang ihrer Wirkung von den Leistungspflichten. Dies gilt auch, wenn diese Ereignisse zu einem Zeitpunkt eintreten, in dem sich der betroffene Vertragspartner im Verzug befindet. Die Vertragspartner sind verpflichtet, im Rahmen des Zumutbaren unverzüglich die erforderlichen Informationen zu geben, und ihre Verpflichtungen den veränderten Verhältnissen nach Treu und Glauben anzupassen.

8 Qualität, Dokumentation, Umweltschutz und Transport

8.1 Der Auftragnehmer hat für seine Leistungen die anerkannten Regeln der Technik, die Sicherheitsvorschriften und die vereinbarten technischen Daten einzuhalten. Änderungen des Leistungs- und/oder Liefergegenstandes bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Art und Weise der Zusammenarbeit auf dem Qualitätssektor, wie z.B. Erstbemusterung und Dokumentation, ist in der Vereinbarung zur Qualitätssicherung von Lieferungen verbindlich geregelt, soweit nichts Abweichendes ausdrücklich vereinbart ist.

8.2 Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber über die Möglichkeiten von Qualitäts-, Energieeffizienz- oder Umweltschutzverbesserungen informieren. Ferner erhält der Auftragnehmer vom Auftraggeber auf Wunsch Informationen über einschlägige Sicherheitsvorschriften.

8.3 Der Auftragnehmer hat darüber hinaus die VDA-Schrift "Dokumentationspflichtige Teile bei Automobilherstellern und deren Zulieferern – Durchführung der Dokumentation", Frankfurt am Main (aktuelle Ausgabe) zu erfüllen. Insbesondere bei den technischen Unterlagen oder durch gesonderte Vereinbarung, besonders, z.B. mit „D“ gekennzeichneten Kraftfahrzeugteilen, hat der Auftragnehmer darüber hinaus in besonderen Aufzeichnungen festzuhalten, wann, in welcher Weise und durch wen die Liefergegenstände bezüglich der dokumentationspflichtigen Merkmale geprüft worden sind, und welche Resultate die geforderten Qualitätstests ergeben haben. Die Prüfungsunterlagen sind 20 Jahre aufzubewahren und dem Auftraggeber bei Bedarf vorzulegen. Subunternehmer hat der Auftragnehmer, soweit gesetzlich zulässig, in gleichem Umfang zu verpflichten.

8.4 Soweit zuständige Behörden, die für die Fahrzeugsicherheit, Abgasbestimmungen oder Einblick in den Produktionsablauf und die Prüfungsunterlagen des Auftraggebers verlangen, erklärt sich der Auftragnehmer auf Bitten des Auftraggebers bereit, ihnen in seinem Betrieb die gleichen Rechte einzuräumen und dabei jede zumutbare Unterstützung zu gewähren.

8.5 Der Auftragnehmer ist aufgefordert, die Umwelt- und Energiepolitik des Auftraggebers zur Kenntnis zu nehmen und im Rahmen der vertraglichen Beziehung nachhaltig zu fördern. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass als Auswahlkriterium für Waren jeglicher Art auch die energetische Leistung bzw. die Energieeffizienzklasse (falls verfügbar) herangezogen wird.

8.6 Der Auftragnehmer hält alle einschlägigen gesetzlichen und behördlichen Anforderungen, sowie die Anforderungen aus dem Umwelt- und Energiemanagement ein.

Der Auftragnehmer hält insbesondere die jeweils geltenden gesetzlichen Regelungen der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland ein, z.B. die REACH-Verordnung (Verordnung EG Nr. 1907/2006), das Gesetz über die Rücknahme und umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (ElektroG), sowie die Altfahrzeug-Verordnung. Gefährliche Stoffe sind nach den gültigen Gesetzen zu verpacken und zu kennzeichnen, die entsprechenden neuesten Versionen der Sicherheitsdatenblätter sind mitzuliefern. Ebenso muss Gefahrgut nach den gültigen Gesetzen der jeweiligen Länder (einschließlich Transitländer) verpackt und gekennzeichnet sein sowie transportiert werden, die Gefahrgut-Klassifizierung oder ggf. der Vermerk »kein Gefahrgut« ist auf dem Lieferschein anzugeben. Soweit nicht anders vereinbart, muss das CE-Zeichen deutlich sichtbar angebracht sein; die Konformitätserklärung und die Gefahrenanalyse sind mitzuliefern.

8.7 Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber über relevante, durch gesetzliche Regelungen, insbesondere durch die REACH-Verordnung, verursachte Veränderungen der Ware, ihrer Lieferfähigkeit, Verwendungsmöglichkeit oder Qualität unverzüglich informieren und im Einzelfall geeignete Maßnahmen mit dem Auftraggeber abstimmen. Entsprechendes gilt, sobald und soweit der Auftragnehmer erkennt oder hätte erkennen müssen, dass es zu solchen Veränderungen kommen könnte.

8.8 Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber unverzüglich alle Informationen zur Verfügung stellen, welche dieser nach seinem freien Ermessen benötigt, damit er die jeweils geltenden in- und ausländischen gesetzlichen Vorgaben rund um Konfliktmineralien, z.B. Section 1502 des Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act sowie etwaige EU-Gesetzgebungsmaßnahmen, und/oder hierauf basierende Maßnahmen, z.B. Auskunftsverlangen (auch solche seitens der Kunden des Auftraggebers), im erforderlichen Umfang erfüllen kann; zu diesem Zweck kann der Auftraggeber im Einzelfall auch die Abstimmung und Implementierung geeigneter Maßnahmen vom Auftragnehmer verlangen. Ziffer 8.7 Satz 2 der AEB gilt entsprechend.

8.9 Verpackungen sollten grundsätzlich recycelbare Mehrwegverpackungen sein und aus umweltfreundlichen Materialien bestehen. Packmittel sollten ohne FCKW hergestellt, chlorfrei, chemisch inaktiv, grundwasserneutral und in der Verbrennung ungiftig sein. Die Packmittel sind mit anerkannten Recycling-Symbolen, wie z. B. RESY oder Stoffsymbolen, wie z. B. PE, zu kennzeichnen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Abfälle, Verpackungen etc. eigenverantwortlich und für den Auftraggeber kostenlos abzuführen. Kommt er dieser Vereinbarung nicht nach, wird der Auftraggeber auf Kosten des Auftragnehmers ohne weitere Fristsetzung die Entsorgung durchführen.

9 Mängelhaftung und sonstige Haftung

9.1 Dem Auftraggeber stehen die gesetzlichen Mängelansprüche uneingeschränkt zu. Die Verjährungsfrist beträgt 36 Monate, gerechnet ab Gefahrenübergang.

9.2 Im Übrigen haftet der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Bestimmungen, ohne dass diese Haftung dem Grunde oder der Höhe nach beschränkt oder ausgeschlossen ist.

9.3 Eine Zahlung des Auftraggebers bedeutet nicht, dass er die Lieferung und/oder Leistung als vertragsgemäß oder mangelfrei anerkennt.

9.4 Die Zustimmung des Auftraggebers zu technischen Unterlagen und/oder Berechnungen des Auftragnehmers berührt dessen Mängelhaftung nicht.

10 Produkthaftung und Rückruf

10.1 Wenn und soweit ein Dritter gegenüber dem Auftraggeber und/oder einem mit dem Auftraggeber verbundenen Unternehmen einen Anspruch hat, der durch die Herstellung, Lieferung, Lagerung oder Verwendung der gelieferten Ware entsteht, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber von derartigen Ansprüchen frei zu stellen, soweit der Schaden durch einen Fehler des vom Auftragnehmer gelieferten Vertragsgegenstandes verursacht worden ist. In den Fällen verschuldensabhängiger Haftung gilt dies jedoch nur, wenn und soweit den Auftragnehmer nach Maßgabe von § 280 Abs. 1 Satz 2 BGB ein Verschulden trifft. Soweit die Schadensursache im Verantwortungsbereich des Auftragnehmers liegt, trägt er insoweit die Beweislast.

10.2 Der Auftragnehmer übernimmt in diesen Fällen alle Kosten und Aufwendungen, einschließlich der Kosten einer etwaigen Rechtsverfolgung oder Rückrufaktion. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

10.3 Die Freistellungs- und Erstattungspflicht gilt nicht, sofern das zugrundeliegende Ereignis nachweisbar auf ein grob fahrlässiges oder vorsätzliches Verhalten des Auftraggebers oder eines seiner Angestellten, Vertreter, Erfüllungsgehilfen oder mit dem Auftraggeber verbundenen Unternehmen beruht.

11 Ausführung von Arbeiten

Personen, die in Erfüllung des Vertrages Arbeiten im Werksgelände ausführen, haben die Bestimmungen der jeweiligen Betriebsordnung zu beachten. Die Haftung für Unfälle, die diesen

Personen auf dem Werksgelände zustoßen, ist ausgeschlossen, soweit diese nicht durch vorsätzliche oder grob fahrlässige Pflichtverletzung unserer gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen verursacht wurde.

12 Gefahrenübergang

12.1 Die Lieferung hat, sofern nichts anders schriftlich vereinbart ist, frei Haus zu erfolgen.

12.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf allen Versandpapieren und Lieferscheinen exakt die Bestellnummer des Auftraggebers und den Bestelltage anzugeben. Erfolgen Teil- oder Restlieferungen, ist hierauf hinzuweisen. Unterlässt der Auftragnehmer die Angaben und Hinweise, so sind Verzögerungen in der Bearbeitung unvermeidlich, für die der Auftraggeber nicht einzustehen hat.

13 Nutzungsrecht des Auftraggebers, Haftungsfreistellung bei der Verletzung von Schutzrechten

13.1 Der Auftragnehmer gewährt dem Auftraggeber das nicht-ausschließliche, übertragbare, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht, die Lieferungen und/oder Leistungen (auch in Teilen) des Auftragnehmers zu nutzen, in andere Produkte zu integrieren und weltweit zu vertreiben. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, gegen jedwede Nutzung der Lieferungen und/oder Leistungen keine eigenen Schutzrechte geltend zu machen.

13.2 Der Auftragnehmer haftet für Ansprüche, die sich bei vertragsgemäßer Verwendung der Liefergegenstände aus der Verletzung von Schutzrechten und Schutzrechtsanmeldungen (Schutzrechte) ergeben, von denen mindestens eines auf der Schutzrechtsfamilie, entweder im Heimatland des Auftragnehmers, vom europäischen Patentamt oder in einem der Staaten China, Bundesrepublik, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich oder der USA veröffentlicht ist. §§ 280 Abs. 1 Satz 2, und 254 BGB bleiben unberührt.

Im Falle der Erbringung von Leistungen findet Ziffer 13.2, Unterabsatz 1, dieser AEB mit der Maßgabe Anwendung, dass inhaltlich bei vertragsgemäßer Verwendung eine Verletzung gewerblicher Schutzrechte und/oder nicht-schutzrechtsfähigen Know Hows Dritter stattfindet, jedoch ohne räumliche Begrenzung.

13.3 Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber und Abnehmer von allen Ansprüchen aus der Benutzung solcher Schutzrechte frei. §§ 280 Abs. 1 Satz 2 und 254 BGB bleiben unberührt.

13.4 Dies gilt nicht, soweit der Auftragnehmer nach vom Auftraggeber übergebenen Zeichnungen, Modellen oder diesen gleichkommenden sonstigen Beschreibungen oder Angaben des Auftraggebers hergestellt hat und nicht weiß oder im Zusammenhang mit den von ihm entwickelten Erzeugnissen nicht wissen muss, dass dadurch Schutzrechte verletzt werden.

13.5 Die Vertragspartner verpflichten sich, sich unverzüglich von bekanntwerdenden Verletzungsrisiken und angeblichen Verletzungsfällen zu unterrichten und sich Gelegenheit zu geben, entsprechenden Ansprüchen einvernehmlich entgegenzuwirken.

14 Fertigungsmittel, Entwicklungsleistungen

14.1 Modelle, Matrizen, Schablonen, Muster, Werkzeuge, Datenmodelle, Software und sonstige Fertigungsmittel, die dem Auftraggeber gehören und dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellt werden oder an deren Kosten sich der Auftraggeber maßgeblich beteiligt, dürfen nur für die Erfüllung des jeweiligen Vertrages mit dem Auftraggeber verwendet werden. Die Vervielfältigung solcher Gegenstände ist nur im Rahmen der betrieblichen Erfordernisse und der urheberrechtlichen Bestimmungen zulässig.

14.2 Auftragsbezogene Fertigungsmittel, die auf Kosten des Auftraggebers vom Auftragnehmer hergestellt oder beschafft werden, gehen nach Bezahlung in das Eigentum des Auftraggebers über. Der Auftragnehmer verwahrt die Fertigungsmittel für den Auftraggeber.

14.3 Von dem Auftraggeber beigestellte Stoffe und Teile bleiben sein Eigentum und sind unentgeltlich getrennt zu lagern, zu bezeichnen und zu verwalten. Beigestellte Stoffe und Teile dürfen nur bestimmungsgemäß verwendet werden. Die Verarbeitung von Stoffen und der Zusammenbau von Teilen erfolgt für den Auftraggeber. Es besteht Einvernehmen, dass der Auftraggeber im Verhältnis des Wertes der Beistellung zum Wert des Gesamterzeugnisses Miteigentümer an den unter Verwendung unserer Stoffe und/oder Teile hergestellten Erzeugnissen ist, die insoweit vom Auftragnehmer für den Auftraggeber verwahrt werden.

14.4 Sofern der Auftraggeber Entwicklungsleistungen des Auftragnehmers durch Einmalzahlung, Umlage auf den Teilepreis oder in sonstiger Weise vergütet, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber hinsichtlich seiner im Zusammenhang mit der Entwicklung und der Leistungserbringung und/oder Lieferung an den Auftraggeber stehenden urheberrechtlich geschützten Ergebnissen (z.B. Entwürfe, Zeichnungen, Skizzen, Layouts, Pausen, Pläne, Konstruktionsdaten, Informationen) ein nicht ausschließliches, unwiderrufliches, übertragbares, zeitlich, örtlich und inhaltlich unbegrenztes Recht ein, diese Ergebnisse in jeder Weise unentgeltlich beliebig zu nutzen, zu ändern, zu bearbeiten und zu verbreiten.

14.5 Ziffer 5.2 der AEB findet entsprechende Anwendung.

15 Versicherung

Der Auftragnehmer hat eine angemessene Vermögensschadenshaftpflicht sowie eine ausreichende Produkt- und KFZ-Rückrufkostenversicherung abgeschlossen und wird diese aufrechterhalten und dem Auftraggeber jederzeit auf Verlangen nachweisen. Die Versicherungen gemäß vorstehendem Satz haben sich auf alle jeweils mit dem Auftragnehmer nach verbundenen Unternehmen zu erstrecken, soweit diese mit einer Lieferung und/oder Leistung befasst sind, die auf Basis oder im Zusammenhang mit einem Vertrag zwischen den Parteien erfolgt.

16 Betriebsbesichtigung

Soweit der Auftraggeber oder dessen Kunde dies wünschen, ist der Auftraggeber bzw. der Kunde – jeder für sich – auf eigene Kosten berechtigt, nach vorheriger Terminmitteilung, Zutritt zu der Produktionsstätte des Auftragnehmers innerhalb der Geschäftszeiten zu haben, um die Ausführung einer Leistung und/oder Fertigung der Vertragsprodukte zu besichtigen bzw. zu überprüfen. Das Zutritts- und Besichtigungsrecht bezieht sich auch auf alle sonstigen Betriebsstätten des Auftragnehmers, Gerätschaften und die Leistungserbringung und/oder Herstellung, Lagerung und Transport der Vertragsprodukte betreffenden Unterlagen sowie alle diesbezüglichen Bestandteile und Vertragsprodukte vor ihrer Lieferung an den Auftraggeber. Der Auftraggeber bzw. der Kunde können eine solche Besichtigung – auf eigene Kosten - auch durch einen unabhängigen Dritten durchführen lassen.

17 Software

17.1 Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber die zur Ausübung der vertraglich vereinbarten Nutzungs- und Verwertungsrechte erforderliche Anzahl an Vervielfältigungsstücken der Software in maschinenlesbarer Form nach dessen Wahl entweder auf einem zu dem Zeitpunkt üblichen Datenträger oder per Datenfernübertragung überlassen. Der Auftraggeber erhält die Dokumentation als elektronisches Dokument in Englisch oder Deutsch sowie eine Kopie des Benutzerhandbuchs der Standardsoftware als elektronisches Dokument in Englisch oder Deutsch; die Dokumentation und das Benutzerhandbuch müssen die Funktionalitäten der Software derart beschreiben, dass sie ein fachlich qualifizierter Anwender mit entsprechenden Vorkenntnissen nutzen kann.

17.2 Bei für den Auftraggeber individuell entwickelter Software ist ihm der Quellcode mit einer Herstellerdokumentation zu überlassen.

17.3 Der Auftragnehmer beschafft und gewährt dem Auftraggeber an für ihm entwickelter Software und der dazu gehörigen Dokumentation und Teilen davon und an allen sonstigen Leistungsergebnissen ein unwiderrufliches, ausschließliches, räumlich und zeitlich unbeschränktes, jede bekannte Nutzungsart umfassendes Nutzungsrecht, einschließlich des Rechts zur Umarbeitung, Vervielfältigung, Änderung, Erweiterung und Einräumung einfacher Nutzungsrechte an Dritte.

17.4 Stehen dem Erwerb eines Nutzungsrechts gemäß Ziffer 17.3 dieser AEB Rechte Dritter an in die Lieferungen und/oder Leistungen eingegangenen Fremdprogrammen oder sonstigen fremden Leistungsergebnissen unabänderlich entgegen, werden der Auftragnehmer und der Auftraggeber den Umfang des Nutzungsrechts des Auftraggebers in angemessener Weise vertraglich vereinbaren.

17.5 Die Vervielfältigung, Bearbeitung oder sonstige Nutzung der für den Auftraggeber erarbeiteten Leistungsergebnisse, ganz oder in Teilen, ist dem Auftragnehmer nicht gestattet. Das Eigentum des Auftragnehmers an seinen bestehenden gewerblichen Schutzrechten bleibt unberührt.

17.6 Zur Veröffentlichung jedweder für den Auftraggeber erstellter Leistungsergebnisse - auch in Teilen - ist der Auftragnehmer nicht berechtigt.

17.7 Der Auftragnehmer beschafft und/oder gewährt dem Auftraggeber das nicht-ausschließliche, übertragbare, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht, die gelieferte Software für die Integration in andere Produkte zu nutzen und zu kopieren oder von verbundenen Unternehmen und von Distributoren des Auftraggebers nutzen und kopieren zu lassen.

17.8 Der Auftragnehmer beschafft und/oder gewährt dem Auftraggeber das nicht-ausschließliche, übertragbare, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht, die Nutzungsrechte gemäß Ziffern 17.3 und 17.7 dieser AEB an verbundene Unternehmen, Endkunden und Distributoren zu lizenzieren und andere Nutzungsrechte einzuräumen.

17.9 Soweit die Beschaffung und Gewährung eines in Ziffern 17.3, 17.7 und 17.8 dieser AEB genannten Rechte rechtlich nicht möglich sein sollte, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber vor Vertragsschluss hierüber schriftlich zu informieren. Dabei hat der Auftragnehmer auch die Gründe darzulegen, warum die Beschaffung und die Gewährung des Rechts rechtlich nicht möglich sind.

17.10 Bei der entgeltlichen Überlassung von Standardsoftware erhält der Auftraggeber je nach Vertrag das zeitlich unbegrenzte oder zeitlich begrenzte, nicht-ausschließliche, räumlich unbegrenzte und nicht übertragbare Recht, die Standardsoftware für eigene Zwecke zu nutzen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten und zu dekompileieren.

Das Recht zur Vervielfältigung der Standardsoftware ist beschränkt auf die Installation der Standardsoftware auf einem im unmittelbaren Besitz des Auftraggebers stehenden Computersystem zur Erfüllung des Nutzungszwecks und auf eine Vervielfältigung, die notwendig ist für das Laden, Anzeigen, Ablaufen, Übertragen und Speichern der Standardsoftware sowie auf das Recht zur Anfertigung einer Sicherungskopie vom Lizenzgegenstand durch eine gemäß § 69 d Abs. 2 UrhG hierzu berechnete Person.

Das Recht zur Bearbeitung der Standardsoftware ist beschränkt auf den Erhalt oder die Wiederherstellung der vereinbarten Funktionalität der Standardsoftware.

Das Recht zur Dekompilierung der Standardsoftware wird nur unter der Bedingung des § 69e Abs. 1 Nr. 1 bis 3 UrhG und im Rahmen des § 69e Abs. 2 Nr. 1 bis 3 UrhG gewährt.

17.11 Der Auftragnehmer gewährleistet, dass kein Teil der an den Auftraggeber gelieferten Software zum Lieferzeitpunkt ein Schadprogramm enthält, das vorgesehen oder geeignet wäre, (i) einen vom Auftraggeber nicht autorisierten Zugang des Auftragnehmers oder eines Dritten zu den Computersystemen des Auftraggebers zu ermöglichen, (ii) Software oder Daten auf den Computersystemen des Auftraggebers ohne seine Zustimmung zu lesen, zu schreiben, zu kopieren, zu ändern, zu beschädigen oder zu löschen, oder (iii) andere durch den Auftraggeber nicht autorisierte Vorgänge mit, an oder in dessen Computersystemen auszulösen.

18 Allgemeine Bestimmungen

18.1 Der Auftraggeber erwartet vom Auftragnehmer und seinen Unterauftragnehmern die Einhaltung des Code of Conduct des Auftraggebers für Lieferanten, der auf der Homepage des Auftraggebers unter <https://www.shw.de/unternehmen/einkauf/> abrufbar ist.

18.2 Stellt ein Vertragspartner seine Zahlungen ein oder wird ein gerichtliches oder außergerichtliches Vergleichsverfahren beantragt, so ist der andere berechnigt, für den nicht erfüllten Teil vom Vertrag zurückzutreten. Das Gleiche gilt, wenn und soweit sich die Vermögensverhältnisse einer Vertragspartei wesentlich verschlechtern.

18.3 Wenn und soweit eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchsetzbar ist, werden die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrags davon nicht berührt. Eine unwirksame Regelung wird durch das geltende Gesetzesrecht ersetzt; eine undurchsetzbare Regelung wird als durch diejenige durchsetzbare Bestimmung ersetzt anzusehen, die, soweit gesetzlich zulässig, dem mit der undurchsetzbaren Bestimmung verfolgten Zweck am nächsten kommt. Satz 1 und Satz 2, letzter Halbsatz, gelten entsprechend für unbeabsichtigte Vertragslücken.

18.4 Auf diesen Vertrag findet deutsches Recht Anwendung unter Ausschluss des (deutschen) internationalen Privatrechts. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980 (CISG) findet keine Anwendung.

18.5 Erfüllungsort für alle Verpflichtungen des Auftragnehmers aus oder im Zusammenhang mit dem Vertrag ist der Sitz der auftraggebenden Niederlassung.

18.6 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist das Landgericht Ellwangen (Deutschland).

1. Governing Conditions

1.1 The legal relationships between the client and the provider of deliveries and / or services ("contractor") are based exclusively on these GPC. Changes and additions must be made in writing to be effective. This also applies to a waiver of the written form requirement. Section 127 (2) and (3) of the German Civil Code ("BGB") apply.

1.2 The client hereby contradicts counter-confirmations, counter-offers or other references by the contractor with reference to his terms and conditions; Deviating conditions of the contractor only apply if this has been confirmed in writing by the client.

2 purchase order

2.1 Contracts (order and acceptance) including delivery schedules as well as changes and additions to them must be made in writing to be effective; the latter also applies to a waiver of the written form requirement; Clause 1.1, last sentence, the GPC apply accordingly. For organizational reasons, however, order confirmations must be declared on the forms attached to the orders. Any necessary additions can be made to these forms. Delivery requests can also be made by remote data transmission.

2.2 If the contractor does not accept the order within two (2) weeks of receipt, the client is entitled to revoke it. Delivery schedules are binding at the latest if the contractor does not object within one (1) week of receipt.

2.3 The client can, as far as this is reasonable and technically possible, demand changes to the service and / or delivery item, including in construction and execution. The effects, in particular with regard to the additional and reduced costs as well as the performance and / or delivery dates, are to be regulated appropriately by mutual agreement.

3 payment

3.1 Unless otherwise agreed in writing, payment shall be made within 14 days from the provision of the service and invoice with a three (3) percent discount or within 60 days, calculated from the provision of the service and receipt of the invoice, net. In the case of early acceptance of services and / or deliveries, the due date is based on the agreed service and / or delivery date.

3.2 In the event of a faulty service and / or delivery, the customer is entitled to withhold payment in proportion to the value until proper fulfillment.

3.3 The contractor is not entitled to assign his claims against him or to have them collected by third parties without the prior written consent of the client, which may not be unreasonably refused. If there is an extended reservation of title, consent is deemed to have been given.

4 Notification of defects

4.1 The contractor maintains an effective quality management system in accordance with the IATF 16949 regulations or DIN EN ISO 9001, VDA 6.1 or QS 9000. The outgoing goods inspection, in particular the necessary dimensional and functional tests for products, is carried out exclusively by the contractor.

4.2 The customer shall only inspect incoming goods with regard to externally recognizable damage and externally recognizable deviations in identity and quantity. The client will report such defects immediately. Furthermore, the client complains about defects as soon as they are found in the normal course of business. In this respect, the contractor waives the objection of late notification of defects.

5 Confidentiality

5.1 The contractual partners - each for himself - undertake to keep all information made mutually accessible, in particular non-public commercial and technical details that become known to them through the business relationship, as well as information about production equipment in accordance with Section 14.1 of the General Terms and Conditions, strictly confidential to be treated as a company or business secret. Confidential information according to the previous sentence may only be used by the receiving contracting party for the purpose of executing the contract; Use for other purposes is strictly prohibited. The obligations under this Section 5.1 of the GPC continue to apply after the contract has ended, until confidential information loses its character as a trade or business secret, in particular due to the passage of time or if it becomes known to the general public.

5.2 Subcontractors are to be obliged accordingly.

5.3 The contractual partners may only advertise their business relationship with the prior written consent of the other party.

6 Performance and / or delivery dates and deadlines - delay in delivery

6.1 Agreed dates and deadlines are binding. The provision of the service and / or the receipt of the goods by the client is decisive for compliance with the service and / or delivery date or the service and / or delivery period. The contractor must provide the service and / or delivery in good time, taking into account the usual time for loading and shipping of goods.

6.2 The contractor is obliged to notify the client immediately of any impending or actual non-compliance with a service and / or delivery date, their causes and the expected duration of the delay. The occurrence of the debtor's default remains unaffected.

6.3 In the event of default by the contractor, the client is entitled to claim compensation for default (flat-rate compensation). For each commenced calendar day of the delay, it amounts to 0.15% of the gross order value, but not more than 10% in total; the contractor is not liable if and insofar as he is not responsible for the breach of duty. The contractor has the right to prove to the client that no damage or significantly less damage has occurred as a result of the delay. We reserve the right to make further claims by the client, regardless of the legal basis.

7 Force Majeure

Force majeure, labor disputes, unrest, official measures and other unforeseeable, inevitable and serious events release the contractual partners from their performance obligations for the duration of the disruption and to the extent of their effect. This also applies if these events occur at a point in time when the contractual partner concerned is in default. The contractual partners are obliged to provide the necessary information immediately within the scope of what is reasonable and to adapt their obligations to the changed circumstances in good faith.

8 Quality, Documentation, Environmental Protection and Transport

8.1 The contractor must comply with the recognized rules of technology, the safety regulations and the agreed technical data for his services. Changes to the service and / or delivery item require the prior written consent of the client. The manner of cooperation in the quality sector, such as initial sampling and documentation, is bindingly regulated in the agreement on quality assurance of deliveries, unless otherwise expressly agreed.

8.2 The contractor will inform the client about the possibilities of quality, energy efficiency or environmental protection improvements. Furthermore, the contractor will receive information on relevant safety regulations from the client on request.

8.3 The contractor must also comply with the VDA publication "Parts subject to mandatory documentation at automobile manufacturers and their suppliers - implementation of documentation", Frankfurt am Main (current edition). In particular in the case of the technical documents or by separate agreement, especially motor vehicle parts marked with a "D", the contractor must also record in special records when, in which way and by whom the delivery items have been checked with regard to the features requiring documentation, and which ones Results have shown the required quality tests. The test documents are to be kept for 20 years and presented to the client if required. The contractor has to oblige subcontractors to the same extent to the extent permitted by law.

8.4 Insofar as the competent authorities that require vehicle safety, emissions regulations or an insight into the production process and the test documents of the client, the contractor declares itself ready at the request of the client to grant them the same rights in his company and to provide all reasonable support.

8.5 The contractor is requested to take note of the client's environmental and energy policy and to promote it in the context of the contractual relationship. The client points out that the energetic performance or the energy efficiency class (if available) is used as a selection criterion for goods of any kind.

8.6 The contractor complies with all relevant legal and regulatory requirements, as well as the requirements from environmental and energy management.

In particular, the contractor complies with the applicable statutory regulations of the European Union and the Federal Republic of Germany, e.g. the REACH regulation (Regulation EC No. 1907/2006), the law on the return and environmentally friendly disposal of electrical and electronic equipment (ElektroG), as well as the end-of-life vehicle regulation.

Hazardous substances must be packaged and labeled in accordance with the applicable laws, the latest versions of the safety data sheets must be included. Likewise, dangerous goods must be packed, labeled and transported in accordance with the applicable laws of the respective countries (including transit countries).

Unless otherwise agreed, the CE mark must be clearly visible; the declaration of conformity and the hazard analysis must be supplied.

8.7 The contractor will immediately inform the client about relevant changes to the goods, their ability to be delivered, possible use or quality caused by legal regulations, in particular the REACH regulation, and coordinate suitable measures with the client in individual cases. The same applies as soon as and to the extent that the contractor recognizes or should have recognized that such changes could occur.

8.8 The contractor will immediately provide the client with all information that the client needs at his own discretion so that he can comply with the applicable domestic and foreign legal requirements relating to conflict minerals, e.g. Section 1502 of the Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act as well as any EU legislative measures and / or measures based on them, e.g. requests for information (including those from the client's customers), to the necessary extent; For this purpose, the client can also request the contractor to coordinate and implement suitable measures in individual cases. Section 8.7 sentence 2 of the GPC applies accordingly.

8.9 Packaging should always be recyclable, reusable packaging and made from environmentally friendly materials. Packaging should be made without CFC, chlorine-free, chemically inactive, groundwater-neutral and non-toxic when burned. The packaging is marked with recognized recycling symbols, such as B. RESY or fabric symbols such. B. PE, to be identified. The contractor is obliged to dispose of his waste, packaging, etc. independently and free of charge for the client. If he does not comply with this agreement, the client will carry out the disposal at the contractor's expense without setting a further deadline.

9 Liability for defects and other liability

9.1 The client is entitled to the statutory claims for defects without restriction. The limitation period is 36 months, calculated from the transfer of risk.

9.2 In addition, the contractor is liable according to the statutory provisions, without this liability being limited or excluded in terms of reason or amount.

9.3 A payment by the client does not mean that he accepts the delivery and / or service as being in accordance with the contract or free of defects.

9.4 The client's consent to technical documents and / or calculations by the contractor does not affect the contractor's liability for defects.

10 Product Liability and Recall

10.1 If and to the extent that a third party has a claim against the client and / or a company affiliated with the client that arises from the manufacture, delivery, storage or use of the delivered goods, the contractor is obliged to exempt the client from such claims if the damage was caused by a defect in the subject of the contract delivered by the contractor. In cases of fault-based liability, however, this only applies if and to the extent that the contractor is at fault in accordance with Section 280 (1) sentence 2 BGB. If the cause of the damage is the responsibility of the contractor, he bears the burden of proof.

10.2 In these cases, the contractor assumes all costs and expenses, including the costs of any legal prosecution or recall campaign. Otherwise, the statutory provisions apply.

10.3 The obligation to indemnify and reimburse does not apply if the underlying event is demonstrably based on grossly negligent or willful behavior on the part of the client or one of his employees, representatives, vicarious agents or companies affiliated with the client.

11 Execution of work

Persons who carry out work on the factory premises in fulfillment of the contract must observe the provisions of the respective plant regulations. Liability for accidents that occur to these persons on the factory premises is excluded, unless this was caused by an intentional or grossly negligent breach of duty by our legal representatives or vicarious agents.

12 Transfer of Risk

12.1 Unless otherwise agreed in writing, delivery must be free domicile.

12.2 The contractor is obliged to state the exact order number of the customer and the day of the order on all shipping documents and delivery notes. If partial or residual deliveries are made, this must be pointed out. If the contractor fails to provide information and advice, delays in processing are inevitable for which the client is not responsible.

13 Client's right of use, indemnification for infringement of property rights

13.1 The contractor grants the client the non-exclusive, transferable, spatially and temporally unlimited right to use the deliveries and / or services (also in part) of the contractor, to integrate them into other products and to sell them worldwide. The contractor undertakes not to assert any proprietary rights against any use of the deliveries and / or services.

13.2 The contractor is liable for claims that result from the violation of property rights and property rights registrations (property rights) when the delivery items are used in accordance with the contract, at least one of which is based on the property right family, either in the home country of the contractor, by the European patent office or in one of the states China, Federal Republic, Germany, France, Great Britain, Austria or the USA is published. Section 280 (1) sentence 2 and 254 BGB remain unaffected.

In the case of the provision of services, section 13.2, sub-paragraph 1 of these GPC shall apply with the proviso that, in terms of content, if used in accordance with the contract, there is an infringement of commercial property rights and / or third-party know-how that cannot be protected by property rights, but without spatial limitation.

13.3 The contractor releases the client and buyer from all claims arising from the use of such property rights. Section 280 (1) sentence 2 and 254 BGB remain unaffected.

13.4 This does not apply if the contractor has produced according to drawings, models or other equivalent descriptions or information provided by the customer and does not know or does not need to know in connection with the products developed by him that this infringes industrial property rights will.

13.5 The contractual partners undertake to inform themselves immediately of any risks of injury and alleged cases of injury that become known and to give themselves the opportunity to mutually counteract such claims.

14 Production equipment, development services

14.1 Models, matrices, stencils, samples, tools, data models, software and other means of production that belong to the client and are made available to the contractor or the costs of which the client makes a significant contribution may only be used to fulfill the respective contract with the client be used. The reproduction of such objects is only permitted within the framework of operational requirements and copyright provisions.

14.2 Order-related manufacturing equipment that is manufactured or procured by the contractor at the expense of the customer shall become the property of the customer after payment. The contractor stores the production equipment for the client.

14.3 Materials and parts provided by the customer remain his property and must be stored, labeled and managed separately free of charge. Materials and parts provided may only be used as intended. The processing of materials and the assembly of parts is carried out for the client. It is agreed that the client is co-owner of the products manufactured using our materials and / or parts in the ratio of the value of the provision to the value of the entire product, which the contractor will keep for the client.

14.4 Insofar as the client pays the contractor's development services through a one-off payment, apportionment on the part price or in any other way, the contractor shall grant the client copyright-protected results in connection with the development and the provision of services and / or delivery to the client (e.g. drafts, drawings, sketches, layouts, breaks, plans, construction data, information) a non-exclusive, irrevocable, transferable right, unlimited in time, place and content, to use or change these results in any way free of charge, edit and distribute.

14.5 Section 5.2 of the GPC applies accordingly.

15 Insurance

The contractor has taken out an appropriate pecuniary damage liability insurance as well as sufficient product and vehicle recall cost insurance and will maintain this and provide evidence to the client at any time upon request. The insurance in accordance with the preceding sentence must cover all companies affiliated with the contractor, insofar as they are concerned with a delivery and / or service that is based on or in connection with a contract between the parties.

16 Factory tour

Insofar as the client or his customer so wishes, the client or the customer - each for himself - is entitled, after prior notification of an appointment, to have access to the contractor's production facility within business hours in order to carry out a service and / or To inspect or check the manufacture of the contractual products. The right of access and inspection also applies to all other business premises of the contractor, equipment and documents relating to the provision of services and / or manufacture, storage and transport of the contractual products as well as all related components and contractual products prior to their delivery to the client. The client or the customer can have such an inspection carried out - at their own expense - by an independent third party.

17 software

17.1 The contractor shall provide the client with the number of copies of the software required to exercise the contractually agreed rights of use and exploitation in machine-readable form, either on a data carrier customary at the time or by remote data transmission. The client receives the documentation as an electronic document in English or German and a copy of the user manual for the standard software as an electronic document in English or German; the documentation and the user manual must describe the functionalities of the software in such a way that they can be used by a technically qualified user with appropriate prior knowledge.

17.2 In the case of software developed individually for the client, the source code with manufacturer documentation is to be provided.

17.3 The contractor procures and grants the client an irrevocable, exclusive, spatially and temporally unlimited right of use for any known type of use, including the right to rework, for the software developed for him and the associated documentation and parts thereof and for all other performance results. Duplication, modification, expansion and granting of simple rights of use to third parties.

17.4 If the acquisition of a right of use in accordance with Section 17.3 of these GPC is invariably opposed to third-party rights to third-party programs included in the deliveries and / or services or other third-party service results, the contractor and the client shall appropriately contractually agree the scope of the client's right of use.

17.5 The contractor is not permitted to reproduce, edit or otherwise use the performance results developed for the client, in whole or in part. The contractor's ownership of its existing industrial property rights remains unaffected.

17.6 The contractor is not entitled to publish any performance results created for the client - even in part.

17.7 The contractor procures and / or grants the client the non-exclusive, transferable, spatially and temporally unlimited right to use and copy the delivered software for integration into other products or to use it by affiliated companies and distributors of the client and to have copied.

17.8 The contractor procures and / or grants the client the non-exclusive, transferable, spatially and temporally unlimited right to license the rights of use according to Sections 17.3 and 17.7 of these GPC to affiliated companies, end customers and distributors and to grant other rights of use.

17.9 If the procurement and granting of one of the rights mentioned in Sections 17.3, 17.7 and 17.8 of these GPC is not legally possible, the contractor must inform the client in writing before the contract is concluded. The contractor must also explain the reasons why the procurement and the granting of the right are not legally possible.

17.10 If standard software is provided for a fee, the client receives, depending on the contract, the unlimited or limited, non-exclusive, spatially unlimited and non-transferable right to use the standard software for his own purposes, to reproduce, edit and decompile it.

The right to reproduce the standard software is limited to the installation of the standard software on a computer system in the direct possession of the client for the fulfillment of the intended use and to a reproduction which is necessary for loading, displaying, running, transferring and saving the standard software as well to the right to make a backup copy of the licensed object by a person authorized to do so in accordance with Section 69 d (2) UrhG.

The right to edit the standard software is limited to maintaining or restoring the agreed functionality of the standard software.

The right to decompile the standard software is only granted under the condition of § 69e Paragraph 1 No. 1 to 3 UrhG and within the framework of § 69e Paragraph 2 No. 1 to 3 UrhG.

17.11 The contractor guarantees that no part of the software delivered to the client contains a malicious program at the time of delivery that would be intended or suitable (i) to enable the contractor or a third party to access the client's computer systems not authorized by the client, (ii) Reading, writing, copying, changing, damaging or deleting software or data on the client's computer systems without his consent, or (iii) triggering other unauthorized processes with, on or in his computer systems.

18 General provisions

18.1 The client expects the contractor and his subcontractors to comply with the client's code of conduct for suppliers, which can be found on the client's homepage at <https://www.shw.de/unternehmen/einkauf/>.

18.2 If one of the contractual partners suspends its payments or if a judicial or extrajudicial settlement procedure is applied for, the other is entitled to withdraw from the non-fulfilled part of the contract. The same applies if and to the extent that the financial circumstances of a contracting party deteriorate significantly.

18.3 If and to the extent that a provision of this contract is wholly or partially ineffective or unenforceable, this shall not affect the effectiveness and enforceability of the remaining provisions of this contract. An ineffective regulation will be replaced by the applicable statutory law; an unenforceable provision is to be viewed as being replaced by the enforceable provision which, as far as legally permissible, comes closest to the purpose pursued by the unenforceable provision. Sentence 1 and sentence 2, last half-sentence, apply accordingly to unintentional contractual loopholes.

18.4 German law applies to this contract to the exclusion of (German) international private law. The United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods of April 11, 1980 (CISG) does not apply.

18.5 The place of performance for all obligations of the contractor from or in connection with the contract is the seat of the ordering branch.

18.6 The exclusive place of jurisdiction for all disputes arising from or in connection with this contract is the District Court of Ellwangen (Germany).